



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Protokollauszug Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 22.03.2022

TOP 5. Vor dem Hintergrund einer Wirtschafts- und Bildungsplanung im Landkreis Lüneburg stellen sich die drei Berufsbildenden Schulen vor. zur Kenntnis genommen

Die drei Schulleitungen Heiko Lüdemann (BBS I), Hermann Rollwage (Georg-Sonnin-Schule, BBS II) und Christiane Pätz (BBS III) stellen sich und ihre Schulen anhand der in der Anlage beigefügten PowerPointPräsentation vor.

Die berufsbildenden Schulen bieten neben der klassischen dualen Ausbildung, die 50 bis 70% des „Hauptgeschäfts“ ausmacht, alle Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur, (welches 11-zügig angeboten wird) an. Frau Pätz verdeutlicht anhand des Beispiels der sozialpädagogischen Ausbildung die Durchlässigkeit des Schulsystems.

Besonders heben die Schulleitungen hervor, dass sie auf die Ausbildungswünsche der Wirtschaft eingehen. So wurde die Lebensmitteltechnik eingeführt, weil sich auf Grund des guten Trinkwassers in Lüneburg viel Lebensmittelindustrie angesiedelt hat. Aus zunächst 17 Auszubildenden sind inzwischen 70 bis 80 Schülerinnen und Schüler geworden.

Die Schulleitungen der BBS fragen sich, ob der Fokus im Landkreis Lüneburg darauf liege, immer mehr Gleiches vom Gleichen anzubieten und verweisen darauf, dass auch die Integrierten Gesamtschulen das Abitur anbieten. In diesem Zusammenhang weist Frau Pätz darauf hin, dass der Nutzungsvertrag für die sich in unmittelbarer Nähe befindlichen Ackerflächen, die die BBS zur Ausbildung nutze, von der Hansestadt Lüneburg gekündigt worden sei, um u.a. am Johanneum anbauen zu können. Der Bereich Agrarwirtschaft verzahne seit 130 Jahren Theorie und Praxis an den Schulen. Die Ackerflächen vor Ort würden daher dringend weiterhin benötigt.

Die Schulleitungen fordern eine gemeinsame Planung mit der Hansestadt und verweisen darauf, dass der Landkreis Harburg seine Berufsbildenden Schulen stärke.

KTA Peyko spricht sich für das Bildungssystem „BBS“ aus und würde gern das Thema verstärkt angehen. KTA Kruse-Runge fragt nach, was die Politik für die BBS tun könne. Herr Lüdemann antwortet, dass die Oberschulen gestärkt werden müssen, da die BBS eine Anschlussperspektive für diese Schülerinnen und Schüler darstellen. Er verweist nochmals auf den Landkreis Harburg, in dem der Landrat mit „seinen“ BBS und der Wirtschaft zusammen sitze, während in Lüneburg die Schülerinnen und Schüler wegbrechen würden.

KTA Meister sieht Potential und fragt, ob daran gedacht sei, die Bewerbung über soziale Medien wie Instagram oder Facebook auszubauen. Die Schulleitungen entgegnen, dass diese erfolge. Ebenso seien Youtube-Videos über die Ausbildungsgänge abrufbar. Auf die Nachfrage, ob das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bereits bearbeitet werde, teilt Herr Rollwage mit, dass im Bereich Holzbearbeitung nicht mehr mit Lacken, sondern nunmehr mit Öl gearbeitet werde – dies sei eines von vielen Beispielen.

FBL 5 Frau Hobro macht darauf aufmerksam, dass inzwischen der Flyer für den Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule von der Verwaltung bearbeitet worden sei. Dort habe man sich auch dem Thema gewidmet, was passiert, wenn Kinder in der Schule überfordert werden. Dies soll ebenfalls dazu beitragen, die Eltern zu motivieren, ihr Kind auf eine Oberschule zu schicken, wenn diese Schulform besser geeignet ist. Auch werde im Flyer deutlich gemacht, dass das deutsche Bildungssystem durchlässig sei und unterschiedliche Wege in Studium oder Ausbildung führten.

KTA Aden-Meyer kommt drauf zurück, dass die GRÜNEN nicht zurück zur Dreigliedrigkeit wollen. Auf die Frage, ob die Politik die BBS im Blick habe, antwortet sie, dass bereits viel gemacht worden sei und es sinnvoll wäre, sich zusammzusetzen, um zu sehen, was möglich sei. Sie frage sich, warum sich BBS gegenseitig das Wasser „abgraben“ (wobei nicht die hier vertretenen BBS gemeint seien). Dies liege nach Aussage der Schulleitungen daran, dass andere Landkreise ihre BBS als Standortfaktor sehen würden.

KTA Narewski fragt, wie es um das Thema Inklusion an den BBS bestellt sei, worauf Herr Rollwage entgegnet, dass man im Gespräch mit der Gebäudewirtschaft sei, die Werkstätten aktuell aber kaum für Rollstuhlfahrer erreichbar seien. Hervorzuheben sei aber, dass der 12. Jahrgang der Schule Am Knieberg komplett an der BBS beschult wird und dies für alle Seiten eine gute Lösung sei. Problematisch sei aktuell die Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus der Lebenshilfe, da keine Klassenräume zur Verfügung stünden und der Anbau erneut durch den Landkreis verschoben worden sei.

KTA Peyko spricht sich für einen Schulgrundsatzausschuss aus.

Frau Kuntze ergänzt diesen TOP dahingehend, dass über SchülerOnline genau abgefragt werden könne, welcher Schüler/welche Schülerin welchen Ausbildungsgang anwählt.

Beschluss:

Berichtsvorlage – keine Beschlussfassung erforderlich

TOP

[Siehe Anlage.](#)

Anlage 1 2022-03-22 Anlage Protokoll Schule u.Bildung PPP BBS